

Stand: 29.12.2025 08:18:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/21874

"Offensive für gute und sichere Arbeit in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/21874 vom 25.04.2018
2. Beschluss des Plenums 17/21964 vom 26.04.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 26.04.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld, Ruth Müller und Fraktion (SPD)**

Offensive für gute und sichere Arbeit in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen zu ergreifen, um bestmögliche Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in Bayern sicherzustellen:

1. Sie setzt sich für eine Stärkung der Tarifbindung in Bayern ein, indem sie einen Dialogprozess zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeberverbände, der Innungen sowie der Gewerkschaften initiiert und moderiert, an dessen Ende eine gemeinsame Strategie zur Erhöhung der Tarifbindung stehen soll. Darüber hinaus schließt sie mit den genannten Akteuren einen Pakt für anständige Löhne und gegen Lohndumping, der möglichst verbindliche Zielvereinbarungen beinhaltet.
2. Sie wirkt auf eine Vereinfachung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen hin.
3. Sie schafft einen gesetzlichen Anspruch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf bezahlte Freistellung zum Zwecke der beruflichen und gesellschaftspolitischen Weiterbildung.
4. Sie sorgt dafür, dass überall dort, wo der Freistaat als Arbeitgeber auftritt, sachgrundlose Befristungen komplett abgeschafft werden.
5. Sie stellt sicher, dass die geltenden Regeln zum Arbeitszeitschutz nicht aufgeweicht werden; vielmehr stellt sie die Weichen für eine selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung der Beschäftigten und setzt sich in diesem Sinne für allgemeinverbindliche Regelungen zu Arbeits- und Ruhezeiten ein, insbesondere bei mobilen Arbeitsplätzen und im Home Office (das schließt auch ein Recht auf Feierabend bzw. Nichterreichbarkeit mit ein).
6. Sie wirkt auf Bundesebene konstruktiv daran mit, dass die im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts

zügig umgesetzt werden, um künftig besser verhindern zu können, dass (insbesondere weibliche) Beschäftigte in der „Teilzeitfalle“ bleiben.

7. Sie schafft öffentlich geförderte Beschäftigungsmöglichkeiten und stellt überall dort, wo der Freistaat als Arbeitgeber auftritt, entsprechende Arbeitsplätze für Menschen mit besonderen Unterstützungsbedarfen bzw. Vermittlungshemmnissen zur Verfügung.

Begründung:

Auch wenn die gute wirtschaftliche Situation in Bayern erfreulicherweise bereits seit Jahren andauert, gibt es noch immer deutlich zu viele Menschen, die hiervon nicht oder nur begrenzt profitieren können. Demgemäß darf die niedrige Arbeitslosenquote nicht darüber hinwegtäuschen, dass unterschiedliche Personengruppen seit Jahren Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt erfahren. Was wir deshalb dringend brauchen, ist mehr Fairness auf dem bayerischen Arbeitsmarkt. Entsprechende Initiativen und Forderungen u. a. von Seiten der Gewerkschaften und der SPD-Landtagsfraktion wurden jedoch mehrfach abgelehnt.

Dabei sind die Entwicklungen der vergangenen Jahre alarmierend: So sinkt die Tarifbindung kontinuierlich, während die Zahl an prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie (oft unfreiwilligen) Mehrfachbeschäftigungen und sachgrundlosen Befristungen stetig steigt. Diesen Trends kann und muss die Staatsregierung entgegensteuern. Daneben geht es insbesondere darum, die Beschäftigten fit für die Zukunft zu machen. Hierfür ist als erster wesentlicher Schritt die Schaffung eines gesetzlichen Anspruchs auf bezahlte Bildungsfreistellung vonnöten, da freiwillige Regelungen, wie sie derzeit gelten, einmal mehr Geringqualifizierte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben ohne Tarifbindung spürbar benachteiligen. Auch dem Wunsch vieler Beschäftigten nach einer selbstbestimmten Arbeitszeitgestaltung und nach einer Sicherstellung verlässlicher Arbeitsschutzregelungen ist in der modernen Arbeitswelt verstärkt Rechnung zu tragen. Und schließlich hat die Staatsregierung den Blick auch darauf zu richten, wie Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen zielgenau unterstützt werden können. Um in diesem Sinne auf bestmögliche Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Freistaat hinzuwirken, wird die Staatsregierung aufgefordert, die eingangs genannten Maßnahmen zu ergreifen.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld, Ruth Müller und Fraktion (SPD)

Drs. 17/21874

Offensive für gute und sichere Arbeit in Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Dr. Gerhard Hopp

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Kerstin Celina

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Als ersten Dringlichkeitsantrag rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika

Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

Offensive für gute und sichere Arbeit in Bayern (Drs. 17/21874)

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion darf ich Frau Kollegin Kohnen das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist wirtschaftlich stark, und darauf sind wir alle stolz. Das verdanken wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aber natürlich auch den Unternehmerinnen und Unternehmern. Diese Feststellung reicht aber schlachtweg nicht aus; denn wir müssen genau hinsehen. Fast 40 % der Beschäftigungsverhältnisse in unserem Land werden als atypisch bezeichnet. Das heißt, Menschen arbeiten in Teilzeit, in Leiharbeitsverhältnissen oder befristeten Arbeitsverhältnissen, und das sehr oft ohne sachlichen Grund. Dazu kommen immer mehr Menschen im Freistaat, die nur noch mit Nebenjobs überhaupt über die Runden kommen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit mindestens einem zusätzlichen geringfügigen Beschäftigungsverhältnis, einem Nebenjob, hat sich in den letzten 15 Jahren nahezu verdreifacht. Sie ist von 190.000 auf 567.000 gestiegen. Natürlich ist klar, dass nicht jeder, der in einem sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnis arbeitet oder einen Nebenjob hat, dies unfreiwillig macht. Die überwältigende Mehrheit der Menschen gerade in den Ballungsgebieten mit hohen Lebenshaltungskosten macht es aber nicht freiwillig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was bedeuten diese Zahlen eigentlich? – Viel zu viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern arbeiten hart, aber sie haben nichts

von unserer wirtschaftlichen Stärke. Stark ist Bayern nur dann, wenn alle davon profitieren.

(Beifall bei der SPD)

Genau deshalb dürfen wir uns nicht zurücklehnen und uns auf guten Wachstumsraten und niedriger Arbeitslosigkeit ausruhen. Wir müssen uns darum kümmern, dass jeder und jede Einzelne in Bayern von der Arbeit gut leben kann. Unser Ziel muss es daher sein, die Menschen in nachhaltige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen und genau dort anständig zu entlohnern.

(Beifall bei der SPD)

Wer einen anständig bezahlten Vollzeitjob hat, braucht keinen Nebenjob. Das ist doch logisch. Wir wollen die besorgniserregenden Entwicklungen – dazu gehört auch der kontinuierliche Rückgang der Tarifbindung – nicht nur stoppen, sondern wir wollen diese Entwicklung auch umkehren. Das ist die Pflicht eines starken, handlungsfähigen Staates. Was nützt es denen, die keinen sicheren Job haben, die viel arbeiten müssen und schlecht bezahlt werden und ständig um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, wenn ihnen immer wieder entgegengehalten wird, die wirtschaftliche Lage sei doch so gut, die Arbeitslosenzahlen seien niedrig und überhaupt sei doch in Bayern alles viel besser als anderswo? – Das nützt diesen Menschen rein gar nichts.

(Beifall bei der SPD)

Klar ist doch für uns alle, dass nur ein fester und anständig bezahlter Arbeitsplatz die Sicherheit gibt, die man braucht, um sein Leben und seine Zukunft wirklich gestalten zu können. Das gilt gerade in den Zeiten, in denen immer mehr Menschen im Wandel der Arbeitswelt nicht mehr mit Zuversicht zur Arbeit gehen, sondern mit der Sorge, ob es den Job in 5, 10 oder 15 Jahren noch gibt.

Nicht alle Maßnahmen, die wir in unserem Dringlichkeitsantrag vorschlagen, sind einfach zu verwirklichen. Nicht alle sind von heute auf morgen zu verwirklichen. Bei man-

chen Maßnahmen braucht es auch das sprichwörtliche Bohren von dicken Brettern. Aber der Freistaat kann hier einiges tun, und er muss es tun.

Folgende Maßnahmen schlagen wir vor:

Erstens. Die Sozialministerin – sie ist gerade nicht da; man kann es ihr vielleicht ausrichten – muss die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und die Gewerkschaft an einen Tisch bringen, um endlich einen Pakt für anständige Löhne zu schließen.

(Beifall bei der SPD)

Es müssen Strategien entwickelt werden, um die Tarifbindung endlich wieder zu stärken; denn inzwischen – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen – sind nur noch etwa 30 % der Betriebe tarifgebunden. Anfang des Jahrtausends waren es noch mehr als die Hälfte. Studien, übrigens auch von Wirtschaftsverbänden, zeigen, dass Beschäftigte in nicht tariflich gebundenen Betrieben durchschnittlich länger arbeiten müssen, weniger verdienen und häufiger gekündigt werden. Das ist in einem reichen Land wie Bayern nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Die Tarifbindung können wir auch dadurch deutlich stärken, dass wir die Möglichkeit verbessern, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, natürlich im Wissen und im gemeinsamen Wirken der Tarifvertragsparteien, dass wir den Grundsatz nicht angreifen wollen.

Drittens. Wir brauchen ein gesetzlich verankertes Recht auf bezahlte Freistellung für Weiterbildung.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich weiterbilden kann in der Arbeit, ist man auch gewappnet für die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Wir müssen uns klarmachen: Bildung ist der einzige Rohstoff, den wir in unserem Land haben.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Überall dort – das habe ich letzte Woche auch schon gesagt –, wo der Freistaat als Arbeitgeber auftritt, darf es keine sachgrundlosen Befristungen geben. Hier muss der Freistaat endlich Vorbild für die gesamte Arbeitswelt sein. Das hat auch etwas mit Respekt vor den Menschen zu tun.

Fünftens. Finger weg von jeglicher Aufweichung des Arbeitszeitschutzes unter dem Deckmantel der angeblichen Flexibilisierung. Das ist ein ganz sensibler Bereich, mit dem Sie als Unionskollegen durchaus Probleme haben. Jeder hat ein Recht auf Feierabend gerade in Zeiten, in denen die Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben verschwimmen. Ständige Erreichbarkeit – das wissen Sie selbst, und das sehen wir an allen Ecken und Enden in der Arbeitswelt – ist für Menschen gesundheitlich nicht gut, sondern schädlich. Ich nenne nur die Stichworte Burn-out und Schlafstörungen. – Das heißt, die Menschen haben ein Anrecht auf Nichterreichbarkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sechstens. Das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit ist in den Koalitionsvertrag bereits hineinzenktiert. Da erwarte ich von den Kollegen der Union, dass sie nicht anfangen, daran herumzubasteln. Dieses Rückkehrrecht wird kommen.

Siebtens, wir müssen unsere Anstrengungen verstärken, auch all diejenigen in den Arbeitsmarkt hineinzubekommen, die es besonders schwer haben, indem der Freistaat als Vorreiter öffentlich geförderte Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen schafft, die besondere Unterstützung brauchen und nicht leicht zu vermitteln sind. Das hätte eine echte Vorbildwirkung für andere Arbeitgeber.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Regierungserklärung der letzten Woche war von Arbeit verdammt wenig zu hören. Deswegen bitten wir, den Maßnahmen, die wir hier jetzt vorschlagen, klar zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CSU-Fraktion er-teile ich jetzt Herrn Dr. Hopp das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Hohes Haus, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kohnen, ein Stück weit kann ich Sie schon verstehen.

(Natascha Kohnen (SPD): Zufall!!)

Der SPD-Bundesparteitag letzte Woche war anstrengend. Das muss jetzt bearbeitet werden. Der 1. Mai steht vor der Tür. Die Maikundgebungen werden stattfinden, und da wollen Sie bei den Gewerkschaften gut dastehen.

(Natascha Kohnen (SPD): Das brauchen wir nicht extra!)

Als Mitglied der IG Metall sage ich Ihnen: Das wird Ihnen mit diesem Dringlichkeitsantrag nicht gelingen.

(Natascha Kohnen (SPD): Ich bin auch Metallerin! Das wissen Sie doch!)

Sie sprechen von einer Offensive für gute Arbeit. Das klingt erst einmal nach einem durchdachten Konzept, das Sie vorlegen wollen. Tatsächlich aber legen Sie ein Sammelsurium von alten Anträgen vor, die früher schon eingebracht und beraten wurden. Sie fordern vieles ein, wofür Sie selbst in überraschender Weise im Bund zuständig sind. Vieles ist altbekannt oder vielleicht sogar überflüssig. Allein deswegen, weil vieles schon besprochen wurde, werden wir Ihren Antrag heute ablehnen.

Dennoch will ich auf einzelne Punkte eingehen.

Zunächst zur Tarifbindung: Wir alle in diesem Hohen Haus wollen – das verbindet uns –, dass die Menschen gut und fair bezahlt werden. Und da ist es wichtig, dass wir den Mindestlohn haben. Ich bin auch Ihrer Meinung, dass eine gute Tarifbindung zu einem guten Tarifgefüge beitragen kann. Aber Tarifbindung zu schaffen – das haben wir hier

schon öfter gemeinsam besprochen –, ist in erster Linie Aufgabe der Tarifpartner, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften.

Das gilt auch für die Löhne. Weitere staatliche Eingriffe würden auch in die Tarifautonomie eingreifen. Ich glaube nicht, dass die Tarifpartner hiervon begeistert wären. Ich bin mehr dafür, sie zu stärken und zu unterstützen und ihnen Rückendeckung zu geben.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Sie haben doch gesehen, dass es möglich ist, sich zu einigen. Ich verweise auf den Tarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie, wo neue Ansätze gefunden wurden und wegweisende Lösungen entstanden sind. Im Übrigen vergibt der Freistaat öffentliche Aufträge nur an diejenigen Bieter, die Tarifvertrag und Mindestlohn einhalten. Damit stärken auch wir als Freistaat Bayern ganz entscheidend die Tarifbindung.

Zur Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Sie wissen: Tarifverträge werden meistens von der Bundesregierung, genauer gesagt vom Bundesarbeitsministerium, einem SPD-geführten Ministerium, für allgemeinverbindlich erklärt. Das heißt, Sie könnten sich direkt mit Ihrem Antrag an Ihren Parteigenossen Hubertus Heil wenden.

(Natascha Kohnen (SPD): Das gilt doch auch für Bayern!)

Bayern unterstützt in den allermeisten Fällen auch die Allgemeinverbindlichkeit. Das kennen Sie beispielsweise aus der Anfrage der Kollegin Weikert vom vorletzten Jahr. Wir haben im Koalitionsvertrag gemeinsam auf Bundesebene vereinbart, die Bezahlung tarifspezial in der Altenpflege weiter stärken zu wollen. Wir wollten gemeinsam mit den Tarifpartnern dafür sorgen, dass die Tarifverträge in der Pflege flächendeckend zur Anwendung kommen. Hier steht viel gemeinsame Arbeit auf Bundesebene für alle an.

Die Weiterbildung ist ebenfalls angesprochen worden. Auch sie wurde hier im Hohen Haus schon mehrfach diskutiert, zuletzt im Februar dieses Jahres. Ich will mich nicht wiederholen. Was ich damals gesagt habe, gilt nach wie vor: In Bayern setzen wir auf das freiwillige Engagement der Beschäftigten und der Arbeitgeber. Wir wissen, dass gesetzliche Regelungen hier nicht helfen. Das sehen wir an den Erfahrungen in den anderen Bundesländern. Wir gehen einen anderen Weg. Wir setzen Anreize, zum Beispiel mit dem Pakt für Aus- und Weiterbildung, mit dem Meisterbonus oder auch mit den Bildungsschecks über maximal 500 Euro, die gerade für Mitarbeiter in den kleinen und mittleren Unternehmen eine wichtige Unterstützung sein werden. Sie wurden in der Regierungserklärung in der letzten Woche angesprochen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist der bessere Weg. Davon sind wir überzeugt.

Auch die Arbeitszeit wurde von Ihnen angesprochen. Liebe Kollegen der SPD, hier verstehe ich Ihren Ansatz nicht. Misstrauen Sie Ihren Kollegen in Berlin? Wir haben doch im Koalitionsvertrag gemeinsam vereinbart, wie wir das Thema Arbeitszeit angehen wollen, zum Beispiel bei der Familienzeit, der Flexibilisierung oder den Chancen der Digitalisierung. Die Tarifpartner sollen hier eingebunden werden. Es ist auch sinnvoll, den Tarifpartnern mehr Flexibilität zu geben, damit auf die konkreten Bedürfnisse vor Ort und in der Branche besser reagiert werden kann. So können wir Innovation und den notwendigen Arbeitsschutz gemeinsam denken. In diesem Sinne wurde der Koalitionsvertrag im Bund ausgehandelt.

Das Gleiche gilt für das Teilzeitrecht. Auch dieses Thema haben wir auf Bundesebene im Koalitionsvertrag gemeinsam geregelt. Wir sind uns doch völlig einig, dass wir vor allem Frauen helfen wollen, leichter wieder in die Vollzeitarbeit zurückzufinden. Das ist auch im Hinblick auf die Altersvorsorge sehr sinnvoll. Wir machen uns deshalb für das Recht auf befristete Teilzeit stark. Wir wollen das zügig umsetzen. Deshalb wurden dazu konkrete Eckpunkte festgeschrieben. Natürlich begleiten wir diesen Prozess konstruktiv. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegt aber am SPD-geführten Ar-

beitsministerium, einen Entwurf vorzulegen, mit dem diese Eckpunkte umgesetzt werden können.

Das Gleiche gilt für die öffentlich geförderten Beschäftigungsmöglichkeiten, die Sie angesprochen haben. Auch das ist im Koalitionsvertrag vorgesehen. Sie kennen die Punkte sicherlich; denn Sie haben ja mitverhandelt. Wir wollen die öffentlich geförderte Beschäftigung für bis zu 150.000 Menschen im Sinne sozialversicherungspflichtiger und bezuschusster Arbeitsverhältnisse im sozialen Arbeitsmarkt unterstützen. Auch dafür soll von Ihrem, dem SPD-geführten Sozialministerium ein Konzept vorgelegt werden. Es könnte sein, dass ein bayerischer Ansatz für Langzeitarbeitslose dafür eine Blaupause wird, nämlich das Gesamtkonzept CURA. Dieses Konzept setzt ganzheitlich an und nimmt die Familien mit. Angebote der Arbeitsagentur, der Jobcenter und der Jugendhilfe werden damit erfolgreich vernetzt. Dieses Konzept könnte Anreize für die Bundesebene schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den einzelnen Punkten im Schnelldurchlauf: Sie haben gesagt, der bayerische Arbeitsmarkt sei gut und erfolgreich aufgestellt. Ich unterstreiche das. Die CSU-Fraktion arbeitet gemeinsam mit der Wirtschaft und den Beschäftigten dafür, dass es so weitergeht und dass auch weiterhin in ganz Bayern gute Arbeitsplätze angeboten werden können. Ich habe von Ihnen vieles gehört, was umgesetzt werden müsste, was kommen sollte und was die Staatsregierung machen müsste. Tun Sie doch dort etwas, wo Sie die Zuständigkeiten haben. Tun Sie nicht so, als ob Sie im Bund noch in der Opposition wären. Gehen Sie nach Berlin zu Ihrem zuständigen Arbeitsminister und bringen Sie dort Ihre Punkte vor. Dort sind sie richtig aufgehoben. Die CSU wird weiterhin dafür arbeiten, dass in Bayern gute Arbeit angeboten wird. Wir lehnen Ihren Dringlichkeitsantrag ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Zwischenbemerkung: Frau Kollegin Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Lieber Kollege, da Sie mit allem so wahnsinnig einverstanden sind, verstehe ich nicht, warum Sie unserem Antrag nicht zustimmen. Etliche Aufforderungen dieses Antrags richten sich an die Staatsregierung. Eine Sozialministerin hat natürlich die Möglichkeit, die Tarifpartner an einen Tisch zu holen, einen Prozess zu moderieren usw. Sie sollten sich nicht immer bei Punkten bockig stellen, bei denen Sie sagen könnten: Das ist gar nicht so verkehrt.

Ich weiß, dass Sie unsere Forderung zur Weiterbildung immer noch nicht einsehen. Sei's drum. Hochinteressant ist: Die Zahl der Stellen mit sachgrundloser Befristung hat sich in Bayern verdoppelt. Laut dem IAB-Kurzbericht 2016 liegt der Anteil der befristeten Stellen im öffentlichen Dienst, in Klammern: ohne Wissenschaft, bei 7,4 % und damit höher als in der Privatwirtschaft. Dazu habe ich von Ihnen nichts gehört. Das betrifft natürlich Bayern.

Ich halte es nicht für sinnvoll, dass Sie immer wieder sagen: Kümmern Sie sich um Ihren Bundesminister. Sie müssen sich darum keine Sorgen machen. Aber die Generalsekretärin Ihrer Schwesternpartei, Frau Kramp-Karrenbauer, sagte vergangene Woche zu dem Thema "Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit": Wir müssen einiges verhandeln. – So einfach geht es nicht. Für Sie sind die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag offenbar nicht immer so wahnsinnig verbindlich, sodass Sie immer noch nachverhandeln. Sie haben heute den Mindestlohn gelobt. Das freut uns. Sobald wir wieder über den Mindestlohn diskutieren, möchte ich von Ihnen diese Aussage wieder hören. Ich bedaure es zutiefst, dass Sie unsere Anträge immer reflexartig ablehnen. Lassen Sie sich doch einmal einige Punkte durch den Kopf gehen.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Gerhard Hopp (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Kollegin Kohnen, Sie haben gerade die Statistik und die Zahlen angesprochen. Ich weiß nicht, ob Sie gestern Vormittag beim Bayerischen Beamtenbund waren und dort miterlebt

haben, wie zufrieden die Beamten mit der Unterstützung des Freistaats Bayern sind. Ich glaube, dies wäre für viele SPD-geführte Ministerien in anderen Ländern ein Vorbild. Sie könnten sich an Bayern orientieren.

Sie haben gesagt, in Bayern seien 7 % der Stellen sachgrundlos befristet. Schauen Sie einmal in das Bundessozialministerium. Wer war im letzten Jahr der Spitzenreiter bei den Befristungen? – Das SPD-geführte Sozialministerium auf Bundesebene. Fassen Sie sich also an die eigene Nase, bevor Sie uns mit Anträgen auffordern, tätig zu werden, obwohl Bayern sehr gut dasteht. Ich halte es nicht für den richtigen Ansatz, immer auf andere zu weisen. Machen Sie stattdessen Ihre Hausaufgaben in dem Ministerium, für das Sie zuständig sind. Das wäre sinnvoller.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat jetzt Herr Kollege Aiwanger das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über die Frage, wie wir die Arbeit in Bayern besser und sicherer machen und wie wir Arbeitsplätze schaffen können. Wir diskutieren außerdem darüber, wie wir die Menschen, die in Arbeitsverhältnissen stehen, ordentlich bezahlen können. Dieser Ansatz ist legitim. Der Ansatz der FREIEN WÄHLER unterscheidet sich jedoch in der Stoßrichtung ein bisschen von dem der SPD. Sie setzen auf mehr staatliche Eingriffe und Vorgaben. Ich möchte daher ein paar Jahre zurückblicken: Durch politische Manöver von Frau Nahles auf der Bundesebene wurde eine Mindestlohnbürokratie eingeführt und von der CSU mitgetragen.

Nichts gegen den Mindestlohn. Da wurde aber eine große Arbeitszeitbürokratie "mitgekauft", dafür bekam die CSU als Tauschgeschäft die Ausländermaut. Dies hat im Mittelstand eingeschlagen wie eine Bombe. Ich erinnere an die ersten Umsetzungspläne, die sogar die private Landwirtschaft betroffen haben. Familienbetriebe in der Landwirtschaft mussten Arbeitszeiten dokumentieren. Für Familien auf Bauernhöfen

hätten sogar Arbeitszeitobergrenzen gegriffen, obwohl das völlig irreal ist. Diese Regelungen waren aber mit dabei. Jetzt fordern Sie, die Beschäftigten sollten bei der Gestaltung der Arbeitszeiten mehr Mitspracherecht haben. In der Gastronomie höre ich genau das Gegenteil. Die Beschäftigten dort rufen nicht nach mehr Staatseingriff, sondern sie sagen: Bitte lasst mich im Rahmen der EU-Arbeitszeitregelung auch einmal zwölf Stunden arbeiten, zum Beispiel wenn ich auf einer Hochzeit bedienen muss.

(Ruth Müller (SPD): Die sagen: Zahlt mich anständig!)

Sie sprechen von den Beschäftigten. Dann fragen Sie aber auch die Beschäftigten in der Gastronomie. Diese wollen mehr Freiheit statt mehr Eingriffe. Ganz unten in Ihrem Antrag schreiben Sie, dass der Freistaat Bayern dort, wo er tätig ist, Menschen mit Vermittlungshemmrisen einstellen soll. In vielen Bereichen ist dies sicher sinnvoll und angebracht, aber nicht überall. Ich möchte niemanden provozieren, aber an Sie die Frage stellen: Haben Sie in Ihrer Fraktion irgendwo Menschen mit Vermittlungshemmrisen beschäftigt?

(Ruth Müller (SPD): Ja, das haben wir!)

– Gut, dann nehme ich das zurück. Hier muss jeder vor der eigenen Tür kehren und mit gutem Beispiel vorangehen. Uns geht es zu weit, dem Freistaat Bayern zu diktieren, dass er überall dort, wo er tätig ist, Menschen mit Vermittlungshemmrisen beschäftigen soll. Ihr Vorstoß ist sicherlich in vielen Fällen berechtigt. Auch wir wollen faire Arbeitsbedingungen und kritisieren Zeit- und Leiharbeit. Auch kritisieren wir, wenn Arbeitgeber Leute zu Billigtarifen einkaufen wollen oder überhaupt nicht nach Tarif bezahlen. An mancher Stelle geht das aber über das Ziel hinaus und lässt vor allem die Ansätze des Mittelstands völlig außen vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Celina. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Celina (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben seit einigen Jahren nahezu Vollbeschäftigung und gleichzeitig massiv steigende Zahlen von psychischen Erkrankungen bei Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. Die Zahl der Menschen, die in der hektischen Arbeitswelt nicht mitkommen, die den Anforderungen nicht standhalten können, und die Zahl derjenigen, die seit vielen Jahren arbeitslos, langzeitarbeitslos sind, sinkt trotz der hohen Zahl an freien Stellen in Bayern nicht, auch nicht im neunten Jahr des Aufschwungs. Nötig sind deshalb, wie der Dringlichkeitsantrag fordert, bestmögliche Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Punkt eins – ich versuche jetzt, das im Schnelldurchlauf zu machen, weil es ein komplexer Antrag ist – ist die Stärkung der Tarifbindung: Die Vor- und Nachteile in Bezug auf die Tarifbindung sind klar. Der Vorteil ist, dass es kaum Kosten in Form von Streiks gibt und schnell klare Regeln für alle gelten. Der Nachteil ist, dass die wirtschaftliche Situation einzelner Unternehmen nicht automatisch einfließt, sondern es um die Branche geht. Für uns GRÜNE überwiegen die Vorteile einer Tarifbindung, und der Ansatz, die Tarifbindung stärken zu wollen, ist nicht falsch. Die Maßnahme, die Sie fordern, funktioniert aber nur, wenn beide Verhandlungspartner eine Moderation des Dialogs durch die Staatsregierung wünschen. Wenn sie von den Tarifpartnern gewünscht wird, ist eine Moderation durch die Staatsregierung durchaus zu begrüßen, und wenn am Ende eine höhere Tarifbindung steht, sind wir absolut dafür.

Herr Hopp, Sie haben vorhin gesagt, der öffentliche Arbeitgeber vergabe nur Aufträge an Unternehmen, die schon eine Tarifbindung haben usw. Das ist doch Quark. In der Theorie und auf dem Papier mag das stimmen, aber sehen Sie sich die Kontrollen zur Schwarzarbeit einmal an. Das sind nicht nur öffentliche Baustellen – erzählen Sie mir doch nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Die Vereinfachung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen muss auf Bundesebene geschehen; dort haben Sie die direkten Ansprechpartner vor Ort. Sie sind auf Bundesebene dafür zuständig, schreiben es hier in Bayern in Anträge und wissen genau, dass die CSU das ablehnen wird, weil sie nicht bereit ist, auch nur einen Daumennagel über den Koalitionsvertrag hinauszugehen. Im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finde ich das schade.

Wie Sie die Allgemeinverbindlichkeitserklärung aber konkret vereinfachen wollen, sagen Sie in dem Antrag leider nicht; auch das finde ich schade. Die jetzige Regelung ist doch klar: Tarifverträge können durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit je drei Vertretern der Spitzenorganisationen für allgemeinverbindlich erklärt werden, wenn sie das gemeinsam beantragen und es im öffentlichen Interesse liegt. Ich weiß, dass in den letzten Jahren meistens die Arbeitgeber diejenigen waren, die geblockt haben, aber an der prinzipiellen Übereinstimmung, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer dafür sein sollten, möchte ich nicht rütteln, und die Debatte ist mir heute mit dem Dringlichkeitsantrag zu kurz. Wenn Sie sich aber auf andere Formen der Vereinfachung beziehen oder dafür offen sind, dann sind wir einverstanden.

Dritter Punkt. Zum gesetzlichen Anspruch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf bezahlte Freistellung zum Zweck der beruflichen und gesellschaftlichen Weiterbildung haben wir GRÜNE und auch Sie schon mehrere Gesetzesanträge eingebracht, aber wir sind immer wieder gemeinsam an der Betonwand der CSU gescheitert, so dass wir nach Sachsen das letzte verbliebene Bundesland sind, das keinen hat. Sachsen ist jetzt für mich nicht in jeder Hinsicht Vorbild, sondern ich orientiere mich lieber an einem blühenden und wirtschaftlich erfolgreichen Baden-Württemberg direkt an unserer Grenzlinie. Liebe CSU, denen solltet ihr nacheifern; denn wäre der Anspruch auf bezahlte Weiterbildung so schlimm, dann würden die Firmen zu uns abwandern. Das tun sie aber nicht, sondern sie bleiben glücklich in Baden-Württemberg, wo es ein sol-

ches Gesetz gibt – so schlimm, wie Sie es immer darstellen, kann es daher gar nicht sein. Also los, wir sind dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Punkt. Sachgrundlose Befristungen im Staatsdienst sollten komplett abgeschafft werden: 20 % der Beschäftigten im Freistaat sind befristet beschäftigt. Das schürt Frust und erhöht den Druck, aber nicht die Motivation und die Loyalität der Arbeitnehmer. Ich nenne hier nur Lehrerinnen und Lehrer: Um sich mit einem niedrigen Personalstand zu schmücken, werden auf Kosten von Lehrerinnen und Lehrern und vielen anderen unnötige Befristungen ausgesprochen.

Fünfter Punkt. Arbeitsschutz nicht aufweichen: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen mehr Mitspracherechte über das Wieviel, das Wann und das Wo ihrer Tätigkeit. Eine Führung in Teilzeit sollte für Frauen und Männer selbstverständlich sein. Wir GRÜNE schlagen einen Vollzeitarbeitskorridor im Bereich von 30 bis 40 Stunden vor. Wir müssen Ankündigungsfristen beschreiben. Nur dringende betriebliche Gründe sollen dagegen sprechen. Der bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit soll um ein Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang, auf das Recht auf Homeoffice usw. erweitert werden. Dorthin müssen wir kommen. Der Arbeitsschutz darf nicht aufgeweicht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Punkt. Recht auf Teilzeit: Das ist ein sehr wichtiger Punkt – einverstanden.

Siebter Punkt. Öffentlich geförderte Beschäftigungsmöglichkeiten sind ganz, ganz wichtig. Es gibt immer mehr Menschen, die zumindest phasenweise in ihrem Leben nicht in der Lage sind, den hektischen Anforderungen des Arbeitsmarktes standzuhalten. Auch die Fokussierung auf den ersten Arbeitsmarkt für möglichst alle ist falsch. Wir werden nicht alle Menschen mit physischen oder psychischen Erkrankungen und

die Menschen, die langzeitarbeitslos sind, in den ersten Arbeitsmarkt bekommen. Wir müssen hier endlich umsteuern und alternative Möglichkeiten anbieten.

Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren, damit auch Arbeitslose mit vielfältigen Problemen wieder Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen, und zwar schrittweise und nachhaltig. Wenn ich mich an die Rede Ihres Ministerpräsidenten von letzter Woche erinnere, der sagte, dass die vielen Langzeitarbeitslosen jetzt zu hunderttausend Fachkräften werden, dann bin ich gespannt, wann sie zum Luft- und Raumfahrt ingenieur werden. Langzeitarbeitslose Menschen wollen arbeiten und sozial integriert zur Gesellschaft gehören, und ein moderner Sozialstaat muss darauf angemessen reagieren. Sie haben das seit Jahren versäumt und sich immer nur auf den ersten Arbeitsmarkt fokussiert. Ich hoffe hier auf ein zeitnahe Umsteuern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/21874 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzugeben. – Das sind die Fraktion der CSU und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen?

(Claudia Stamm (fraktionslos): Ich hatte zugestimmt!)

Bei Zustimmung der Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos). – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.